

Fraktion **direkt**

35 | 27. März 2015

Zur Lage

Die innere Sicherheit ist kein Randthema

Randale von Frankfurt darf sich nicht wiederholen

Eingeschlagene Scheiben in Geschäften, Arztpraxen und Wohnhäusern. Selbst vor einer Notunterkunft für minderjährige Flüchtlinge machten die Randalierer am Mittwoch vor einer Woche in Frankfurt am Main nicht halt. Die Blockupy-Demonstration anlässlich der Eröffnung des neuen EZB-Gebäudes wurde von bürgerkriegsartigen Szenen überschattet. Die Bilanz: 150 verletzte Polizisten, zwei davon schwer, und 26 festgenommene Randalierer. 65 zerstörte Polizeiautos – zwei Einsatzwagen gingen gar in Flammen auf.

Im Bundestag haben wir uns schon kurz danach auf Antrag der Unionsfraktion in einer Debatte mit diesen sinnlosen Gewaltexzessen beschäftigt. Dabei kann es aber nicht bleiben. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird jedenfalls nicht zur Tagesordnung übergehen. Wir werden mit dem Koalitionspartner noch einmal über Gesetzesverschärfungen reden müssen.

„Widerstand gegen Staatsgewalt kann nicht toleriert werden“

Sicher: Härtere Gesetze sind kein Allheilmittel. Es muss aber noch deutlicher werden, dass Widerstand gegen die Staatsgewalt nicht toleriert werden kann. Dass sich mit der Gewalt auch politischer Protest verbindet, kann absolut keine Rechtfertigung sein. Das Grundgesetz macht dies selbst klar: Nur wer sich friedlich an Versammlungen beteiligt, genießt das Demonstrationsrecht.

Die Randalie von Frankfurt darf sich nicht wiederholen. Auch von Seiten der Gesellschaft muss den Gewalttätern klargemacht werden, dass ein Angriff auf Polizisten ein Angriff auf die Gemeinschaft ist. Dazu müssen alle demokratischen Parteien stehen. Dass insbesondere viele Politiker der Linken die Schuld an den Exzessen dagegen viel lieber



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

beim Staat oder beim System – wie sie sagen – suchen, zeigt nur, dass diese Partei unberechenbar ist.

Es wird in der Öffentlichkeit viel über soziale Sicherheit gesprochen. Die Gewährleistung eines menschenwürdigen Auskommens ist eine wichtige Aufgabe des Staates. Mindestens ebenso wichtig ist aber die Wahrung der inneren Sicherheit. Absolute Sicherheit gibt es nicht. Doch die Bürger müssen das Gefühl haben, dass sie sicher die öffentlichen Verkehrsmittel benutzen können und dass ihr Hab und Gut daheim einigermaßen geschützt ist.

Die Bundespolitik ist für die innere Sicherheit nicht allein zuständig. Aber wir von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion werden uns in den nächsten Monaten verstärkt der inneren Sicherheit annehmen. Eines der Themen wird die Bekämpfung der Einbruchskriminalität sein.

Volker Kauder

Inhalt

Die innere Sicherheit ist kein Randthema	1
Künftig gilt das Verursacherprinzip	2
Die Pkw-Maut kommt 2016	3
„An der Sicherheit der Bürger nicht sparen“	4
Schulen ans Netz	5
Solidarität mit den Menschen in Krisengebieten	6
„Wir müssen uns an die Spitze der Entwicklung setzen“	7
In der Mitte der Gesellschaft	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Künftig gilt das Verursacherprinzip Mit Infrastrukturabgabe gelingt Systemwechsel



Foto: Henning Schucht

Gerda Hasselfeldt
Erste Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Deutschland hat eines der längsten und dichtesten Straßennetze der Welt. Gut 230.000 Kilometer Autobahnen, Bundes-, Land- und Kreisstraßen gibt es hierzulande. Knapp 13.000 Kilometer umfassen allein die Autobahnen. Rund 120.000 Straßenbrücken kommen hinzu. Die Länge der Gemeindestraßen summiert sich auf weit mehr als 410.000 Kilometer.

Der Unterhalt eines solchen Verkehrsnetzes ist eine Mammutaufgabe, die viel Geld kostet. Allein 2,5 Milliarden Euro mehr pro Jahr sind für den Bundesfernstraßenbau nötig. Dieser Befund ist völlig unumstritten, das ist Konsens in der Politik wie in der Gesellschaft. Gute und sichere Verkehrswege sind ein wichtiger Pfeiler für den Erfolg Deutschlands als Exportweltmeister.

Die Koalition hat es sich zur Aufgabe gemacht, mehr Geld für den Bau und den Erhalt unserer Straßen zur Verfügung zu stellen. Mit der Infrastrukturabgabe, die der Bundestag am Freitag verabschiedet hat, kommen wir diesem Ziel einen großen Schritt näher. Künftig gilt bei der Straßeninfrastruktur stärker das Verursacherprinzip: Wer nutzt, der zahlt. Damit leiten wir eine neue Ära ein und vollziehen einen echten Systemwechsel. Einen Systemwechsel, den übrigens

auch die EU-Kommission für gut und richtig hält. Im Weißbuch zur Verkehrspolitik aus dem Jahr 2011 fordert die EU-Kommission die „umfassendere Anwendung des Prinzips der Kostentragung durch den Nutzer und Verursacher“.

Mit der Infrastrukturabgabe werden künftig auch Autofahrer an der Finanzierung unserer Straßen beteiligt, deren Auto nicht in Deutschland zugelassen ist. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit. Nach Abzug der sogenannten Systemkosten bringt das zwei

Milliarden Euro Mehreinnahmen in einer Legislaturperiode. Zudem werden jährlich 3,7 Milliarden Euro aus dem allgemeinen Haushalt des Finanzministeriums dauerhaft und zweckgebunden für die Finanzierung unserer Infrastruktur in den Haushalt des Verkehrsministeriums umgeleitet. Das ist ein großer Erfolg der klugen Verkehrspolitik der Union. Darauf sollten wir zu Recht gemeinsam stolz sein.

Mir ist bewusst, dass die Infrastrukturabgabe nicht für jeden in unserer Fraktion ein solches Herzensanliegen ist wie für die CSU. Seit der Vorstellung des Konzepts gab es – auch in unserer Fraktion – eine intensive Debatte über Sinn, Zweck und Zuschnitt der Maut. Es ist gut, dass wir diese Debatte geführt haben. Das Thema Finanzierung der Infrastruktur hat auch aufgrund dieser Debatte eine so große Bedeutung in der öffentlichen Diskussion bekommen. Die größte Sorge trieb die Kolleginnen und Kollegen in den Grenzlandkreisen um. Sie fürchteten, dass die Maut den sogenannten kleinen Grenzverkehr unmöglich macht. Verkehrsminister Alexander Dobrindt ist es gelungen, diese und andere Sorgen auszuräumen. Nun können wir gemeinsam selbstbewusst sagen: Die Union sorgt für deutlich mehr Geld für die Verkehrsinfrastruktur. Damit legen wir die Grundlage dafür, dass Deutschland weiterhin wirtschaftlich erfolgreich und wettbewerbsfähig bleibt.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Die Pkw-Maut kommt 2016

**Bundestag verabschiedet Infrastrukturabgabe –
Künftig finanzieren die Nutzer die Straßen mit**



© digitalstock - Fotolia.com

Die Pkw-Maut kommt: Ab 2016 müssen alle, die auf Deutschlands Fernstraßen unterwegs sind, dafür bezahlen. Der Bundestag verabschiedete am Freitag das Gesetz über die sogenannte Infrastrukturabgabe. Dies ist auch der Einstieg in die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur durch die Nutzer.

Im Einzelnen sieht das Gesetz vor, dass einheimische und ausländische Autofahrer Maut auf Autobahnen zahlen müssen. Für die einheimischen Fahrer gilt die Abgabe zusätzlich auf Bundesstraßen. Sie sollen eine Jahresvignette erhalten, deren Preis nach den Fahrzeugeigenschaften berechnet wird. Die Maut-Kosten werden anschließend mit der Kfz-Steuer verrechnet. Unterm Strich gibt es somit für deutsche Autofahrer keine Mehr-

belastung. Dass ausländische Fahrer auf Fernstraßen nicht zahlen müssen, soll dem kleinen Grenzverkehr mit den Nachbarstaaten dienen.

Kurzzeittarife für ausländische Autofahrer gestaffelt

Kurz vor der 2./3. Lesung räumten die Koalitionsfraktionen noch strittige Punkte aus und machten so den Weg frei für die Pkw-Maut. So sollen die Preise der Kurzzeittarifen für ausländische Autofahrer nun nach ökologischen Gesichtspunkten gestaffelt werden. Statt des ursprünglich vorgesehenen Einheitspreises soll es drei Preisstufen geben. Wie viel ausländische Autofahrer tatsächlich zahlen müssen, richtet sich nach dem Schadstoffausstoß ihres Autos.

Die Zehn-Tages-Vignette soll statt pauschal zehn Euro künftig fünf, zehn oder 15 Euro kosten. Bei der geplanten Zwei-Monats-Vignette sind es statt 22 Euro nun 16, 22 oder 30 Euro – je nach CO₂-Emission. Mit der Preisstaffelnung soll die EU-Kommission gnädig gestimmt werden. Denn diese hatte auf Änderung gedrängt, da sie die bisherigen Kosten im Vergleich zum Preis der Jahresvignette für zu teuer befand. Die ursprünglichen Fixpreise galten als mögliche Benachteiligung von EU-Ausländern, die laut Binnenmarktregelung untersagt ist.

Überprüfung nach zwei Jahren

Und auch das wurde noch in letzter Minute geändert: Die persönlichen Daten von Pkw-Fahrern sollen nur ein Jahr gespeichert werden und nicht drei Jahre wie ursprünglich vorgesehen. Außerdem sollen – zwei Jahre nach der Einführung der Maut – die Einnahmehöhe und der Bürokratieaufwand überprüft werden. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) rechnet nach Abzug der Kontroll- und Verwaltungskosten mit jährlichen Einnahmen von 500 Millionen Euro. Das Geld soll wiederum in die Verkehrsinfrastruktur fließen.

Lkw-Maut wird ausgeweitet

Der Bundestag hat neben der Einführung der Pkw-Maut auch Veränderungen an der Lkw-Maut beschlossen. Das Gesetz hat folgende Kernpunkte:

- Zum 1. Juli 2015 wird die Mautpflicht für Lkw ausgeweitet – und zwar auf weitere ca. 1.100 km vierspurige Bundesstraßen.
- Zum 1. Oktober 2015 soll die Mautpflichtgrenze für Lkw abgesenkt werden: von zwölf auf 7,5 Tonnen Gesamtgewicht.
- Durch den Ausbau der Lkw-Maut werden Mehreinnahmen von jährlich 380 Millionen Euro erwartet.
- Die zusätzlichen Einnahmen sollen der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur dienen.

„An der Sicherheit der Bürger nicht sparen“

Stephan Mayer über die geplante neue Antiterrorereinheit der Bundespolizei – Auf dauerhafte Gefährdung einstellen



Foto: Henning Schacht - berlinpressphoto

Stephan Mayer
Innenpolitischer Sprecher der
CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Angesichts der wachsenden Terrorgefahr, die die Anschläge von Paris und Kopenhagen eindrücklich belegen, erwägt das Bundesinnenministerium, eine neue Antiterrorereinheit bei der Bundespolizei aufzubauen. Darüber sprach „Fraktion direkt“ mit dem innenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Stephan Mayer.

Herr Mayer, es gibt bereits die Bereitschaftspolizeien von Bund und Ländern, die Elitetruppe GSG 9 der Bundespolizei und die Sondereinsatzkommandos der Länder. Wozu braucht es eine neue Antiterror-Einheit?

Mayer: Wir haben in Deutschland bereits hervorragende Antiterrorereinheiten, allen voran die auch international höchst angesehene GSG 9. Wir kommen aber nicht umhin, unsere Sicherheitsarchitektur ständig an die veränderte Bedrohungslage anzupassen. Die Anschläge von Paris und Kopenhagen haben uns leider gezeigt, dass wir mit länger andauernden Gefahrenlagen rechnen müssen und auch damit, dass die Angreifer Kriegswaffen einsetzen. Hierauf müssen wir uns leider auch in Deutschland einstellen. Alles andere wäre grob fahrlässig.

Wie genau könnte das Aufgabengebiet dieser Einheit beschrieben werden?

Mayer: Es gibt im Moment eine Lücke zwischen der Polizei und der GSG 9 und daher einen Bedarf an noch robusteren Einheiten der Bundespolizei. Solche Einheiten müssen in der Lage sein, so rasch wie möglich an einen Einsatzort zu gelangen und – natürlich gemeinsam mit den bereits bestehenden Spezialeinheiten – auch einer über mehrere Tage andauernden Gefährdung Herr zu werden.

Hierfür bedarf es einer besonderen Schutzausstattung und Bewaffnung ebenso wie natürlich einer speziellen Ausbildung. Es muss letztlich auch genug Personal zur Verfügung stehen, um gegebenenfalls an mehreren Orten gleichzeitig im Einsatz sein zu können. Anders als die GSG 9 sollten diese Einheiten aber auch im normalen Betrieb eingesetzt werden.

„Investition in die Polizei ist gut angelegtes Geld“

In welchem Umfang bräuchte man dafür neues Personal und zusätzliche Finanzmittel?

Mayer: Die Planungen für solche Einheiten haben jetzt begonnen. Natürlich wird man für ihren Aufbau zusätzliches Personal und zusätzliche Sachmittel benötigen. Dies ist aber gut angelegtes Geld! An der Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger dürfen wir angesichts der massiven Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus nicht sparen. Der Beschluss des Bundeskabinetts, für

die Sicherheitsbehörden des Bundes deutlich mehr Geld ausgeben zu wollen, ist ein wesentlicher Schritt in die richtige Richtung. Diesen Weg wollen wir im parlamentarischen Verfahren noch fortsetzen.

In dem Zusammenhang: Brauchen nicht auch die bereits bestehenden Einheiten mehr Geld und Personal, um ihren Aufgaben nachkommen zu können?

Mayer: Klar ist, dass wir die bestehenden Einheiten nicht vernachlässigen werden. Diese leisten bereits heute, und das nicht nur im Bereich des islamistischen Terrorismus, unverzichtbare Beiträge für den Erhalt unserer inneren Sicherheit. Im Übrigen ist es so: Die Polizeien der Länder werden im Regelfall die Ersten sein, die am Einsatzort eintreffen. Die Länder sind also in der Pflicht, auch ihre Einsatzkräfte optimal für die Terrorabwehr aufzustellen.

Bei der Blockupy-Demonstration in Frankfurt kam es zu Gewaltexzessen Linksradikaler, die sich auch gegen die Polizei richteten. Was kann man dagegen tun?

Mayer: Für die Union hat die Sicherheit unserer Polizisten einen hohen Stellenwert. Denn sie verteidigen tagtäglich mit Leib und Leben unsere Rechtsordnung und unsere Sicherheit. Um solche Gewaltexzesse künftig soweit wie möglich zu verhindern, setzen wir auf ein Bündel von Maßnahmen. Hierzu gehören selbstverständlich eine gute Schutzausstattung und Ausbildung. Darüber hinaus ist eine Verschärfung unseres Strafrechts erforderlich, um dadurch die deutliche Missbilligung unseres Rechtsstaates für ein solches Verhalten zum Ausdruck zu bringen.

Schulen ans Netz

Koalitionsfraktionen setzen sich für digitale Bildung und Medienkompetenz ein – Lehrerfortbildung wichtiger Baustein

Tablet-Computer, Laptops, Smartphones – auf „digitale Endgeräte“ mag heute kaum noch einer verzichten. Auch die Wirtschaft ist längst in der digitalen Zukunft angekommen, Stichwort: Industrie 4.0. Nur an den Schulen stehen digitale Bildung und Medienkompetenz eher selten auf dem Lehrplan. Daher hat die Koalition am Donnerstag im Bundestag einen Antrag verabschiedet, mit dem sie sich unter anderem für den Einsatz digitaler Medien an Schulen, für eine entsprechende Fortbildung der Lehrer und den Anschluss von Schulen an Breitbandnetze ausspricht.

Deutsche Schüler belegen einer internationalen Studie zufolge beim Wissen über und im Umgang mit digitalen Medien lediglich einen der mittleren Plätze. Eine solche Momentaufnahme stehe aber im Widerspruch zum Anspruch Deutschlands, eine fortschrittliche Bildungsnation zu sein, heißt es in dem gemeinsamen Antrag von CDU/CSU- und SPD-Fraktion. Daher bedürfe es „politischer Initiativen sowohl im Bereich der Bereitstellung technischer Infrastruktur, der Hard- und Softwareausstattung als auch bei der gezielten Aus- und Fortbildung von pädagogischem Personal und von Lehrkräften“. Digitale Inhalte und Medienkompetenz müssten „fächerübergreifend und verpflichtend in den Bildungsplänen aller Schulstufen verankert werden“. Ab der Grundschule müssten Schüler einen zeitgemäßen und altersgerechten Informatikunterricht erhalten.

Profilschulen mit Schwerpunkt Informatik

Da die Schulbildung in die Zuständigkeit der Länder fällt und der Bund hier direkt nichts ausrichten kann, fordern die Koalitionsfraktionen die Bundesregierung auf, sich bei den Ländern für die digitale Bildung einzusetzen. Zu den Forderungen der Koalition gehören die Entwicklung bun-



© Christian Schwieler Fotolia.com

deseinheitlicher Mindeststandards zur digitalen Informations- und Medienkompetenz für die unterschiedlichen Altersstufen sowie die Einführung von „Profilschulen IT/Digital“ mit dem Schwerpunkt Informatik.

Aber auch der Bund selbst kann nach Auffassung der beiden Fraktionen etwas tun: So sollte er einen „Pakt für Digitale Bildung“ ins Leben rufen, der die Aktivitäten von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft bündelt, digitale Infrastruktur und didaktisch sinnvolle Projekte fördert sowie diejenigen unterstützt, die sich kein digitales Endgerät leisten können. Die Wissenschaftskompetenz soll dadurch verbessert werden, dass Programme und Wettbewerbe in den MINT-Fächern – Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik – ausgeschrieben oder gefördert werden. Nicht zuletzt sollen speziell Mädchen und junge Frauen für diese Berufsfelder begeistert werden.

Qualitätsoffensive Lehrerbildung

In der Bundestagsdebatte bezeichnete der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Albert Rupprecht, Lehrer als Schlüsselfiguren bei der digitalen Bildung. Rupprecht wies darauf hin, dass der Bund über zehn Jahre 500 Millionen Euro in die Qualitätsinitiative Lehrerbildung stecke. Dieses Geld solle auch der Fortbildung im Bereich Medienkompetenz und digitale Inhalte dienen. Was die Länder angehe, so seien sie alleine dadurch, dass der Bund die BAföG-Kosten komplett übernommen habe, jährlich um 1,2 Milliarden Euro entlastet worden. Im Gegenzug hätten sie sich verpflichtet, das Geld in Schulen und Hochschulen zu investieren. „Wir gehen davon aus, dass die Mittel auch in die digitale Bildung fließen.“

Solidarität mit den Menschen in Krisengebieten

Bundestag debattiert Bericht der Bundesregierung über humanitäre Hilfe – Konflikte und Katastrophen nehmen zu

Weltweit haben Krisen und Konflikte, Naturkatastrophen und Wetterextreme in den vergangenen Jahren zugenommen. Und immer leiden die Menschen vor Ort unter Hunger und Kälte, Gewalt und Vertreibung. Allein die Zahl der Flüchtlinge stieg Ende 2013 auf weltweit 51,2 Millionen Menschen – so viel wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Es ist ein Gebot der Menschlichkeit und Ausdruck von Solidarität, diesen Menschen in ihrer Not beizustehen. Der Bundestag debattierte am Donnerstag den Bericht der Bundesregierung über die humanitäre Hilfe, die Deutschland von 2010 bis 2013 im Ausland geleistet hat.

Üblicherweise leistet die Bundesregierung humanitäre Hilfe, indem sie sich an der Finanzierung von Projekten der Vereinten Nationen, der Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie von Nichtregierungsorganisationen beteiligt. Dieses Prinzip hat sich auch in den vergangenen Jahren bewährt. Im Notfall kann das Auswärtige Amt Hilfsmaßnahmen innerhalb von 24 Stunden auf den Weg bringen. Gleichzeitig ist die Regierung dazu übergegangen, neben der Soforthilfe mehr die vorausschauende strategische humanitäre Hilfe zu fördern, einheimische Akteure stärker zu unterstützen und Hilfsmaßnahmen gezielt miteinander zu verknüpfen.

Schwerpunkt Syrien und seine Nachbarländer

Der regionale Schwerpunkt der Hilfe lag im Zeitraum 2010 bis 2013 auf Syrien und den Nachbarländern, insbesondere dem Libanon und Jordanien, die Hunderttausende Flüchtlinge aus dem vom Bürgerkrieg zerrütteten Land aufgenommen haben. Dorthin flossen Hilfsleistungen in Höhe von 260 Millionen Euro. Aber auch Afrika mit seinen Krisenherden Somalia, Sudan, Kongo und Tschad erhielt humanitäre Hilfe im Umfang von rund 165 Millionen Euro. Auf Afghanistan ent-

fielen 63 Millionen Euro, auf Pakistan 11,2 Millionen. Aber auch Länder, deren Bevölkerung unter Naturkatastrophen litt, erhielten großzügige Hilfe, etwa Haiti nach dem Erdbeben 2010 rund 30 Millionen Euro, Pakistan nach der Flut 2010 etwa 19 Millionen und die Philippinen nach dem Taifun Haiyan 2013 ca. 14 Millionen Euro. Für sogenannte vergessene Krisenstanden im Berichtszeitraum 170 Millionen Euro bereit.

Minenräumung in zahlreichen Ländern unterstützt

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Räumung von Minen und Kampfmitteln nach einem Konflikt. Denn sie stellen nicht nur eine unmittelbare und tödliche Gefahr für die Menschen dar. Oft verhindert die explosive Altlast auch, dass die betroffenen Länder sich sozial, wirtschaftlich und ökologisch entwickeln können. Bei den Projekten



Syrische Kinder aus Kobane in einem Flüchtlingslager

Humanitäre Hilfe ist vielfältig: So gibt es die Soforthilfe nach Naturkatastrophen oder plötzlich auftretenden Konflikten, die Nothilfe bei länger anhaltenden Krisen, die Übergangshilfe bis zum Wiederaufbau und die Katastrophenvorsorge für Gegenden, die anfällig für Krisensituationen sind. Bei der Sofort- und der Nothilfe geht es hauptsächlich um die Lieferung von Nahrung, die Bereitstellung von sauberem Trinkwasser und eine hygienische Abwasserentsorgung, um Krankheiten vorzubeugen.

wird nicht nur die Räumung selbst finanziert, sondern auch die Opferfürsorge und die Aufklärung der Bevölkerung über die lauenden Gefahren. Deutschland ist hier einer der wichtigsten Geldgeber: Im Berichtszeitraum stellte Berlin 66 Millionen Euro für entsprechende Projekte in 39 Ländern zur Verfügung. Zu den Zielländern gehören unter anderen Afghanistan, Bosnien-Herzegowina, Kambodscha und Laos.

„Wir müssen uns an die Spitze der Entwicklung setzen“

Kongress der Unionsfraktion zur Zukunft des Automobils – Automatisiertes Fahren und digitale Verkehrsinfrastruktur

In Deutschland werden seit mehr als 125 Jahren Fahrzeuge der technologischen Spitzenklasse gefertigt. Nun verändert die digitale Revolution die Mobilität des Einzelnen und die Zukunft des Fahrens. Damit der Automobilstandort Deutschland Vorreiter bei der Entwicklung von Fahrzeugen bleibt, will die Unionsfraktion die richtigen Rahmenbedingungen für die Automatisierung des Fahrens schaffen.

Die Fraktion verabschiedete am Dienstag ein entsprechendes Positionspapier. Auf einem Fraktionskongress zur Zukunft des Automobils am Mittwoch diskutierten Politiker mit Wirtschaftsvertretern und Experten über intelligente Vernetzung und smarte Verkehrsinfrastruktur, über Datenschutz und Datensicherheit in automatisierten Fahrsystemen.

Schon heute gibt es Assistenzsysteme, die das Fahren sicherer und bequemer machen, die beispielsweise bei einer Notbremsung oder beim Spurwechsel helfen. Weil der Fahrer aber Risikofaktor Nummer eins im Straßenverkehr ist, liegt es nahe, auf vollautomatisiertes Fahren zu setzen. Experten rechnen damit, dass der Mensch am Steuer in rund 15 Jahren vom Computer abgelöst werden kann. Intelligente und vernetzte Automobile sollen auch helfen, Staus zu vermeiden, den Kraftstoffverbrauch – und damit den CO₂-Ausstoß – zu senken und die Infrastruktur effizienter zu nutzen. Die Parkplatzsuche in Städten könnte dann der Vergangenheit angehören.

Ein bedeutender Wirtschaftsfaktor – ein Symbol für Freiheit

„Wir müssen uns an die Spitze der Entwicklung setzen“, forderte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder auf dem Kongress, der eine Reihe von Veranstaltungen zu Wirtschaftsthemen unter dem Motto „Innovation – Wachstum – Zukunft“ einleitete. Das Automobil sei schließlich



Ulrich Lange und Dorothee Bär beim Kongress zur Zukunft des Automobils

Foto: Steven Rösler

ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, fügte Kauder hinzu. Wie kaum ein anderes Wirtschaftsgut stehe es aber auch für die Bewegungsfreiheit des Individuums – was gerade in einem Flächenland wie Deutschland, wo die Mehrheit der Bevölkerung im ländlichen Raum lebt, nicht unwesentlich sei.

Fraktionschef Kauder, der verkehrspolitische Sprecher der Fraktion, Ulrich Lange, und der Präsident des Verbandes der Automobilindustrie, Matthias Wissmann, wiesen darauf hin, dass Deutschland in scharfem Wettbewerb vor allem mit den aufstrebenden asiatischen Ländern stehe. Wenn Deutschland also seine Spitzenstellung halten wolle, komme es darauf an, dass die Innovationen hier schneller auf den Markt gebracht würden als anderswo. Die parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, Dorothee Bär, sagte, es dürfe nicht sein, dass die Erfindung in Deutschland gemacht würde, die Wertschöpfung aber anderswo stattfände. Auch die technologischen Standards müssten hierzulande gesetzt werden.

Rechtssicherheit schaffen

Das automatisierte Fahren nannte Wissmann eine der größten Herausforderungen der Fahrzeugindustrie – neben der Reduzierung der Emissionen. Die Branche nehme die Herausforderung an. So fließe ein Drittel der gesamten Forschungsaufwendungen der deutschen Industrie – zwischen 16 und 18 Milliarden Euro – in Vernetzung, Digitalisierung und Automatisierung. Die Evolution hin zum vollautomatischen Fahren bewege sich in Stufen. Während es heutzutage bereits Teilautomatisierungen gebe wie den Stauassistenten, so könne 2018 bereits mit der Hochautomatisierung auf Autobahnen gerechnet werden. Wichtig sei dabei, dass der Fahrer selbst bestimmen könne, wann er die automatische Fahrfunktion nutzt und wann nicht.

Von der Politik forderte Wissmann, dass sie die geeigneten Rahmenbedingungen für den Verkehr und beim Datenschutz setze. „Wir brauchen Rechtssicherheit im europäischen und globalen Kontext“, forderte er.

In der Mitte der Gesellschaft

Unionskongress zur Inklusion von Menschen mit Behinderung – Wege in den ersten Arbeitsmarkt eröffnen



Foto: Steven Rösler

Der Behindertenbeauftragte der Fraktion, Uwe Schummer, mit einem Gebärdendolmetscher

Menschen mit Behinderungen gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Sie sollen gleichberechtigt und selbstbestimmt am Leben teilhaben. Daher will die CDU/CSU-Fraktion die Eingliederungshilfe zu einem modernen Teilhaberecht weiterentwickeln. Auf einem Kongress zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in Arbeit und Gesellschaft am Montag diskutierten Politiker mit Betroffenen sowie Vertretern von Verbänden, Initiativen und Unternehmen über Wege dorthin.

Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Karl Schiewerling, warb für eine grundsätzlich neue Sichtweise. Der Begriff „Menschen mit Behinderung“ solle sich nicht länger am Defizit orientieren, sondern am Potenzial, das ein Mensch entfalten könne. „Keiner kann alles, niemand kann nichts, jeder kann etwas“, sagte Schiewerling. Es gehe darum, ein vielfältiges Arbeitsangebot zu schaffen in Werkstätten und Integrationsbetrieben, aber auch auf dem ersten Arbeitsmarkt, etwa indem Arbeitnehmern mit Behinderung eine Assistenz zur Seite gestellt werde. Behinderte, die den Schritt aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt wag-

ten, sollten eine Rückkehrmöglichkeit haben, damit sie nicht in eine Falle gerieten, forderte Schiewerling.

Öffnung der Kitas für Kinder mit Behinderung

CDU/CSU-Fraktionschef Volker Kauder betonte, dass gerade Arbeit das Selbstwertgefühl der Betroffenen enorm erhöhe. Er nannte die Inklusion am Arbeitsmarkt eine große Herausforderung. Nicht nur die Arbeitgeber seien hier gefordert, sondern auch die Kollegen, die sich der Zusammenarbeit mit Behinderten öffnen müssten. Um dafür die Grundlagen zu schaffen, sprach sich die Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes, Donata Schenck zu Schweinsberg, für die Öffnung der Kitas auch für Kinder mit Behinderungen aus. Nur so lernten Menschen frühzeitig und spielerisch, andere Menschen mit all ihren Besonderheiten zu achten.

Kanzleramtschef Peter Altmaier stellte fest, dass die Unternehmen die Potenziale von Arbeitnehmern mit Behinderungen längst nicht voll ausschöpften. Allerdings – so Alfons Adam von der Daimler AG – beschäftigten Betriebe, in denen starke

Schwerbehindertenvertretungen die Arbeitgeber unterstützen, nachweislich viele Mitarbeiter mit einer Schwerbehinderung. Nach Überzeugung von Monika Labruier, Geschäftsführerin des Kölner Inklusionsdienstleisters Füngeling Router, könnten schon heute viel mehr Menschen mit Behinderung eine reguläre Arbeit haben, wenn mehr individuelle Wege in den Arbeitsmarkt möglich wären.

Vermögensbildung ermöglichen

Neben dem geplanten Teilhabegesetz nannte der Behindertenbeauftragte der Fraktion, Uwe Schummer, als weitere wichtige Reformbereiche das barrierefreie Reisen, menschengerechte Innenstädte oder die Verwendung von leichter Sprache in der Kommunikation. Benedikt Lika, Mitglied des Stadtrates in Augsburg, lenkte den Blick auf die finanziellen Sorgen behinderter Menschen, die auf Assistenz angewiesen sind. Die Tatsache, dass sie kein größeres Vermögen als 2.600 Euro besitzen dürfen, wenn sie nicht riskieren wollen, dass es vom Staat als Ausgleich für die Kosten der Assistenz eingezogen wird, kritisierte er scharf. Diese Regelung führe geradezu in die Altersarmut, mahnte er. Er selbst könne nicht einmal auf ein behindertengerechtes Auto sparen.

Behinderte sollten Vermögen bilden und erben können, auch wenn sie Eingliederungshilfen beziehen, forderte ebenso der Patientenbeauftragte der Bundesregierung, Karl-Josef Laumann. Damit Menschen mit Behinderung selbstbestimmt leben können, brauchen sie auch auf sie ausgelegte Wohnformen. Das Rote Kreuz bietet laut Schenck zu Schweinsberg unter anderem ein Wohntraining an, bei dem Betroffene lernen, wie sie mit Geld umgehen, wie sie einkaufen oder Behördengänge erledigen. Auch Eltern, deren behinderte Kinder alleine leben wollen, bekommen beim DRK Informationen.

Investitionen in die Köpfe

Pro Schüler 6.300 Euro im Jahr 2012

Für die Ausbildung einer Schülerin oder eines Schülers an öffentlichen Schulen gab die öffentliche Hand im Jahr 2012 durchschnittlich 6.300 Euro aus. Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, wurden für Schüler an allgemeinbildenden Schulen rund 6.800 Euro pro Kopf aufgewendet, an beruflichen Schulen rund 4.300 Euro.

An Grundschulen lagen die Ausgaben pro Schüler bei 5.400 Euro, an Gymnasien und an Integrierten Gesamtschulen jeweils bei 7.200 Euro. Die vergleichsweise niedrigen Aufwendungen von 2.700 Euro je Schüler bei den Berufsschulen im dualen System sind vor allem durch den Teilzeitunterricht bedingt.

Die Personalausgaben sind mit durchschnittlich 5.100 Euro pro Schüler der größte Ausgabenposten für öffentliche Schulen. Für die Unterhaltung der Schulgebäude, Lehrmittel und ähnliches fielen durchschnittlich 800 Euro an, für Baumaßnahmen und andere Sachinvestitionen 400 Euro.



STRAFFHAUS

Zeichnung: Tomiex

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

Termine www.cducusu.de/veranstaltungen

- 16./17. April 2015 Tagung der GfV von CDU/CSU- und SPD-Fraktion in Göttingen
- 22. April 2015 Wirtschaftsforum und Wirtschaftsempfang 2015
- 16. Juni 2015 Sommerfest der CDU/CSU-Fraktion

Rüdiger Kruse neuer Beauftragter für maritime Wirtschaft Zum Nachfolger von Eckhardt Rehberg ernannt

Rüdiger Kruse ist neuer Beauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für die maritime Wirtschaft. Unionsfraktionschef Volker Kauder ernannte den Abgeordneten aus Hamburg in der Fraktionssitzung am Dienstag zum Nachfolger von Eckhardt Rehberg, der vor einigen Wochen den Vorsitz der Arbeitsgruppe Haushalt übernommen hatte.

Als neuer Beauftragter für maritime Wirtschaft der Unionfraktion wol-

le er die Chancen des Meeres für Deutschland hervorheben, erklärte Kruse. Die Bedeutung der maritimen Wirtschaft für die Exportfähigkeit der deutschen Industrie sei unermesslich. Mit mehr als 380.000 Beschäftigten und einem jährlichen Umsatzvolumen von rund 50 Milliarden Euro sei sie einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in Deutschland. Die Schiffbau- und Meerestechnik sei Schlüsselindustrie und Teil der High-

tech-Strategie der Bundesregierung. Daneben stelle der Erhalt der Meeresressourcen einen grundlegenden Punkt der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie dar.

Kruse ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages für den Wahlkreis Hamburg-Eimsbüttel. 2011 übernahm er den Posten des stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU Hamburg.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
 Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
 Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt